

Genehmigtes

Protokoll

der 39. Sitzung des

Kuratoriums der Technischen Universität Berlin

am 13. September 2013

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.40 Uhr

Mitglieder des Kuratoriums:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Hochschulvertreter/innen

Herr Dr. Nevermann
Frau Prof. Dr. Süsmuth (Vorsitzende)
Herr Prof. Dr. Kaiser (stellv. Vors.)
Herr Dipl.-Ing. Nassauer
Herr Prof. Dr. Jähnichen
Frau M.A. Jordan
Herr Marquardt
Herr Roesrath

Sitzungsteilnehmer/innen mit beratender Stimme gem. § 1 Abs. 3 GrundO der TU:

Präsident
Dritte Vizepräsidentin
Kanzlerin
Personalrat der Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en
Personalrat der stud. Beschäftigten
Zentrale Frauenbeauftragte
Vertreter des Allg. Studierendenausschusses (AStA)

Herr Prof. Dr.-Ing. Steinbach
Frau Dr. Wendorf
Frau Prof. Dr. Gutheil
Frau Nickel-Busse
Herr Grigoleit
Frau Dr. Blumtritt
Frau Kuchler

Sonstige Teilnehmer/innen

Zu TOP 4: Herr v. Kuszczowski;
Zu TOP 5: Herr Borchert;
Zu TOP 6: Frau Prof. Ittel, Frau Prof. Marburger, Herr Prof. Schütte, Herr Prof. Schrader;
Frau Zimmer (SenBJW), Frau Bialluch, Herr Nissen, Herr Hoffmeier, Herr Einacker, Herr Cassiers,
Herr Prof. Thomsen u.a.;
Frau Hiller, Frau Renko, Frau Heims (Geschäftsstelle)

Tagungsort:

Technische Universität Berlin,
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin,
Raum H 1035

TAGESORDNUNG

TOP		Seite
1.	Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Genehmigung des Protokolls der 38. Sitzung vom 19. Juli 2013	2
3.	Bericht des Präsidenten	3
4.	TU Berlin-Campus in El Gouna / Ägypten	3-4
5.	Jahresrechnung der TU Berlin für das Haushaltsjahr 2012	4-5
6.	Lehrerbildung an der TU Berlin	5-6
7.	Verschiedenes	7

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 38. Sitzung vom 19. Juli 2013

Im Kuratorium herrscht Einvernehmen, den ersten Absatz auf Seite 6 zu streichen.

Mit dieser Änderung wird das Protokoll der 38. Sitzung vom 19. Juli 2013 einstimmig genehmigt.

Herr Grigoleit bittet um Auskunft zum Stand des Abschlusses eines Tarifvertrages für die studentischen Beschäftigten (TOP 7 des 38. Protokolls), da widersprüchliche Aussagen zur Einstimmigkeit der LKRP in diesem Punkt vorliegen.

Die Kanzlerin bestätigt, dass während ihres Urlaubs die Gespräche mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV) stattgefunden haben und sich herausgestellt hat, dass den von den in der LKRP anwesenden Präsidenten Aussagen zu einem gemeinsamen Vorgehen der Hochschulen von anderer Stelle widersprochen wird. Zur Klarstellung der Position in der LKRP sei nun entweder ein Rückholungsantrag zur erneuten Abstimmung erforderlich oder es müsse der bisherige Beschluss zu einem gemeinsamen Vorgehen bestätigt werden.

Die nächste Sitzung der LKRP wird Ende September stattfinden.

TOP 3 Bericht des Präsidenten

Der Präsident berichtet:

- Es werden derzeit von der TUB intensive Gespräche mit der Senatsverwaltung zur weiteren Ausgestaltung des Refinanzierungsmodells geführt.
- Die LKRP, vertreten durch Frau Borde, Herrn Rennert und Herrn Steinbach, wurde vor dem Wissenschaftsausschuss zum Thema Hochschulverträge und deren Bewertung angehört. Hierbei wurde nochmals der Einsatz der Senatorin Frau Scheeres um die Belange der Hochschulen gewürdigt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass die angemeldeten Bedarfe der Hochschulen zu einem signifikanten Betrag unerfüllt blieben, was durchaus bereits die Aufrechterhaltung des Status Quo erschweren könne.
- Zur Eingruppierung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichtet die Kanzlerin, dass Gespräche mit der KAV geführt wurden. Die KAV lehnt Nachverhandlungen ab. Änderungen können erst nach Auslaufen des geltenden Tarifvertrages Ende 2017 verhandelt werden. Die Frage der Anerkennung von selbständigen Tätigkeiten der wM wurde am 2. Juli mit Betroffenen diskutiert.
Die Kanzlerin betont, dass das Thema wichtig ist und der erstellte Leitfaden mehr bekannt gemacht werden müsse.
Sie gibt bekannt, dass nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes die Unterbrechung von Arbeitsverhältnissen beim selben Arbeitgeber von bis zu 18 Monaten unschädlich ist.

TOP 4 TU Berlin-Campus in El Gouna / Ägypten

Der Präsident begrüßt zu diesem Punkt Herrn v. Kuczkowski, Chief Administrative Officer des Zentralinstituts El Gouna.

Der Präsident berichtet, dass die TU Berlin täglich über die Einschätzung der Sicherheitslage durch die Deutsche Botschaft und das Auswärtige Amt unterrichtet wird. Zur Erörterung der Lage gab es auch Gespräche mit Herrn Bergfelder, Leiter der Kultur- und Wissenschaftsabteilung der Deutschen Botschaft in Kairo. Bedenkenswert bezüglich der Aufrechterhaltung des Betriebes des TU-Campus ist nicht nur die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die politische Lage in Ägypten. Vom Auswärtigen Amt wurde der Wunsch an die TU herangetragen, den Betrieb als gemeinschaftliches Signal mit der Regierung aufrecht zu erhalten. In Kairo gibt es drei deutsche Schulen und das Deutsche Archäologische Institut (DAI). Der Präsident äußert, dass nach seiner Auffassung der Betrieb so lange fortgeführt werden kann, wie alle anderen deutschen Kultureinrichtungen weiter betrieben werden. Es wurde mit dem Auswärtigen Amt ausgehandelt, dass eine Schließung der deutschen Schulen in Kairo als Signal für die Einrichtung der TU Berlin zur Schließung anzusehen wäre. Falls eine Evakuierung erforderlich werde, würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller deutschen Einrichtungen, also auch die der TU Berlin, gleichberechtigt ausreisen. Der Präsident berichtet von einer sehr positiven Entwicklung der Zulassungszahlen. Zur Sicherstellung der Studienplätze, bei einer Verlagerung des Studienbetriebs nach Berlin, wurde vom Auswärtigen Amt mit der TU Berlin eine Vereinfachung der Visumsbeantragung für Deutschland abgesprochen, da es auch nicht-ägyptische Studierende gibt, für die in Deutschland eine Visumpflicht besteht. Außerdem wurden Lösungen der Facility-Problematik (Lösungsvorschlag: Unterrichtsflächen in der Ackerstraße) sowie der Wohnmöglichkeiten in Berlin besprochen.

Als unterstützendes positives Signal für die Einrichtung in Ägypten ist die Teilnahme von Senatorin Scheeres am Erstsemestertag in El Gouna zu werten.

Herr v. Kuczowski berichtet, dass für die 3 x 30 Studienplätze 150 Bewerbungen vorlagen und 102 Studierende zugelassen wurden, wobei die Zahl der Immatrikulationen noch unsicher sei. 30 Studierende haben sich immatrikuliert und die Zahlung ist bereits erfolgt.

In der Diskussion fragt Herr Marquardt, ob bei der Einschätzung der Lage in Ägypten an der TU außer der Sicherheit auch das Kriterium der Einhaltung von Menschenrechten berücksichtigt wird. Zur von Herrn Marquardt angesprochenen Visaproblematik auch syrischer Studieninteressierter bittet der Präsident, diese offensichtlich bestehenden Probleme schriftlich zu schildern, um sich bei Bedarf für eine Lösung einsetzen zu können.

Herr v. Kuczowski berichtet von dem guten Verhältnis zum Auswärtigen Amt und der Ausländerbehörde in Berlin und bietet seine Hilfe an.

Die dritte Vizepräsidentin berichtet, dass es an der TU Berlin Promotionsabschlussprogramme gibt, die Promovierenden helfen können, den Abschluss zu ermöglichen.

Herr v. Kuczowski berichtet, dass es beim eingesetzten Personal derzeit keinerlei Bedenken wegen eines Aufenthalts in Ägypten gibt.

Die Vorgangsweise des Präsidiums:

- gemeinsames Vorgehen mit den anderen deutschen Kultureinrichtungen,
 - Gewährleistung der Sicherheit sowie
 - Hilfsangebot an die Studierenden am TU-Campus El Gouna
- wird von allen Mitgliedern des Kuratoriums begrüßt.

TOP 5 Jahresrechnung der TU Berlin für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage KU 1/039

Die Kanzlerin beschreibt die Notwendigkeit eines Beschlusses durch das Kuratorium durch die Landeshaushaltsordnung. Sie schildert ausführlich die Entstehung des sehr geringen Überschusses in Höhe von 118.971,07 €

In der Diskussion wird hervorgehoben, dass der ausgewogene Haushaltsabschluss nur durch Restriktionen herbeigeführt werden konnte, da z.B. die Pauschale Minderausgabe nur durch die nicht rechtzeitige Besetzung von Stellen und dadurch größte Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschaftet werden musste.

Der Präsident beschreibt, dass 10 Mio. strukturelle Unterdeckung zu dieser schwierigen Situation führen. Diese Situation wird sich bis 2017 keinesfalls verbessern. Er beschreibt die Einsparungsbemühungen in den letzten 12 Jahren durch Strukturveränderung bei gleichzeitiger Verbesserung der Einnahmen von Drittmitteln sowie die Einhaltung des geforderten Leistungsstands auf allen Gebieten, um die vom Senat für die TU Berlin vorgesehenen Mittel abrufen zu können.

Nach Diskussion und Beantwortung aufgeworfener Fragen durch Herrn Borchert fasst das Kuratorium folgenden Beschluss:

Beschluss KU 1/039-13.09.2013

einstimmig

Das Kuratorium der Technischen Universität Berlin beschließt:

1. Das Kuratorium der TUB nimmt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Rechnungslegung (Haushaltsrechnung) der TUB für das Haushaltsjahr 2012, die in der Einnahme mit

582.445.000,66 € und in der Ausgabe mit 582.326.029,59 € und damit mit einem Überschuss von 118.971,07 € abschließt, zur Kenntnis.

Als weitere Anlagen sind der Haushaltsrechnung beigelegt:

- a) der kassenmäßige Abschluss (Anlage 1)
- b) der Haushaltsabschluss (Anlage 2)
- c) die Nachweisung der Kassenreste (Anlage 3)
- d) die Nachweisung der nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse (Anlage 4)
- e) die Nachweisung der höheren und neuen Ausgaben gegenüber dem Haushaltsplan sowie der über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Anlage 5a)
- f) die Begründungen für die über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Anlage 5b)
- g) die Vermögensrechnung (Anlage 6)
- h) die Auflistung des Bargeld- und Wertpapierbestandes der unselbständigen, nicht-rechtsfähigen Stiftungen und des Versorgungsvermögens der Technischen Universität Berlin für das Haushaltsjahr 2012 und die Entwicklung der Bankkonten (Anlage 7)

2. Das Kuratorium der TUB genehmigt:

gemäß § 37 Abs. 4 LHO in Verbindung mit § 105 LHO die in der Anlage 5a zur Haushaltsrechnung - Nachweisung der Haushaltsüberschreitungen - aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 646.188,22 € und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 5.087.360,59 €

TOP 6 Lehrerbildung an der TU Berlin

Die dritte Vizepräsidentin, Frau Dr. Wendorf, begrüßt die zu diesem Punkt anwesenden Gäste der Fakultät I, Frau Prof. Ittel, (Vorsitzende der Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung, GKLb), Frau Prof. Marburger (Prodekanin und Geschäftsführerin des Instituts für Erziehungswissenschaft), Herr Prof. Schrader (stellv. Vors. der GKLb) und Herr Prof. Schütte (Geschäftsführender Direktor des Instituts für Berufliche Bildung und Arbeitslehre).

Sie beschreibt das einzigartige Spektrum der Lehrerbildung an der TU und die durch sie wahrgenommenen besonderen gesellschaftlichen Aufgaben und stellt anhand einer Präsentation - eingeleitet durch einen Abriss der Geschichte - dem Kuratorium den aktuellen Stand der Lehrerbildung nach der Strukturreform 2004 an der TU Berlin vor. Schwerpunkt der Lehrerbildung an der TU Berlin ist das Studium des Studienrats mit einer beruflichen Fachrichtung sowie das Fach Arbeitslehre (Schulfach Wirtschaft, Arbeit, Technik). Das vor allem von der Fakultät I gemeinsam mit verschiedenen Fakultäten angebotene Studium wird durch die GKLb und das Servicezentrum für Lehrerbildung, Leiter Herr Mehnert, organisiert. Sie erläutert die aktuellen und künftigen Rahmenbedingungen für die Lehrerbildung durch das sich in der Endabstimmung befindliche neue Lehrerbildungsgesetz und die Notwendigkeit sowie die Perspektiven der Lehrerausbildung an der TU Berlin (s. *Anlage I*).

Die dritte Vizepräsidentin betont, dass die Universitäten in Berlin durch den Hochschulvertrag verpflichtet sind, künftig insgesamt 1.000 Lehramtsabsolventen auszubilden, was für die TU 118 Absolventen bedeutet. Sie bedauert, dass bundesweit eine geringe Nachfrage vor allem in den Bereichen Metall- und Elektrotechnik sowie auch im Bautechnikbereich besteht und es teilweise schwierig ist, die Studienplätze zu besetzen. Die bereits bestehenden intensiven Schulkontakte und vielfältigen Aktivitäten zur Generierung einer größeren Nachfrage bei Abiturientinnen und Abiturienten

müssen auch durch Unterstützung des Schulbüros noch weiter ausgebaut werden. Außerdem hat ein von der Senatorin in Auftrag gegebenes und von einer Expertenkommission unter Leitung von Prof. Baumert erarbeitetes Gutachten den Diskussionsprozess angeregt, einen Quereinstieg in das berufsbildende Masterstudium zur Stärkung der Nachfrage zu ermöglichen. Die darüber hinaus in dem Gutachten angeregte Gründung von Zentren für Lehrerbildung bzw. von Zentralinstituten an den Hochschulen wird zur Zeit noch intensiv politisch und an den Hochschulen diskutiert, um eine Lösung zu finden, die den organisatorischen Schwierigkeiten des Studiums gerecht wird.

Frau Prof. Ittel stellt das Schulbüro und dessen Aktivitäten vor (s. **Anlage 2**), abrufbar unter:

http://www.schulportal.tu-berlin.de/fileadmin/ref2/schulportal/PUSCH/PUSH_Protokolle_tub-netz/2013_Jahresbericht_Schulbuero.pdf.

Die dritte Vizepräsidentin schildert, dass im Sommer 2012 ein Diskussionsprozess zwischen den Instituten für Erziehungswissenschaft und dem Institut für Arbeitslehre unter dem Blickwinkel des Alleinstellungsmerkmals zur Stärkung der spezifischen Lehrerbildung der TU Berlin in Gang gesetzt wurde. Außerdem wurde vom Präsidenten die Bildung einer AG Lehrerbildung unter Leitung des ehem. Vizepräsidenten, Herrn Prof. Sahn, zur Unterstützung initiiert. Weitere Aktivitäten sind ein Projektantrag bei der Telekom-Stiftung, die Beteiligung bei der Qualitätsoffensive für Lehrerbildung zur Beantragung zusätzlicher Bundesmittel sowie die Einwerbung zusätzlicher Juniorprofessuren.

Zur Zahl der Absolventinnen und Absolventen berichtet die dritte Vizepräsidentin, dass in den vergangenen Jahren noch sehr viele Abschlüsse in den alten Lehramtsfächern ermöglicht wurden und dass die künftig erforderliche Zahl von 118 Absolventen aus dem aktuellen Fächerspektrum noch nicht erreicht ist, sondern - lt. Herrn Grigoleit - 72 % des Solls.

(Zulassungszahlen s. **Anlage 3**)

In der sich anschließenden ausführlichen Diskussion unter Beteiligung der Gäste aus der Fakultät I werden vor allem folgende Themen und Probleme thematisiert:

- Geschlechterstereotype in der Berufswahl sowie erforderliche Gegenmaßnahmen;
- erforderliche Kapazitätsaufwüchse zur Umsetzung der durch das neue Lehrerbildungsgesetz vorgeschriebenen Reformen;
- die Notwendigkeit der Erarbeitung neuer Curricula (unter Berücksichtigung der Verklammerung der Praxis- und Forschungsperspektive im Praxissemester);
- die zeitnahe Wiederbesetzung freier Professuren und dadurch verlässliche Planungsgrundlagen;
- die Intensivierung der Beteiligung der Fachwissenschaften an der Arbeit der GKLb;
- die Realisierung des Quereinstiegs in berufsbildende Fächer;
- die Bereitstellung der Ressourcen zur Umsetzung der gestellten Ziele des aufwändigen Studiums;
- die angestrebte Internationalisierung in der Ausbildung;
- eine Aufwertung des Berufsbildes und damit des Selbstbewusstseins der Studierenden;
- Maßnahmen zur Erhöhung des Interesses vor allem auch bei Schülerinnen an einem Studium der Lehrerbildung an der TU Berlin.

Neben diesen inhaltlichen Diskussionspunkten wird von den anwesenden Fachvertretern der Umzug in die Marchstraße mit den dort vorhandenen Räumlichkeiten und Werkstätten als positive und motivierende Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Lehrerbildung an der TU benannt.

Die dritte Vizepräsidentin bedankt sich bei den Mitgliedern des Kuratoriums für die geführte intensive Diskussion und betont abschließend erneut, dass die aktuellen Änderungen und Diskussionen - auch verursacht durch das Lehrerbildungsgesetz - enorme Chancen für eine Verbesserung und Wertschätzung der Lehrerbildung der TU Berlin böten.

TOP 7 Verschiedenes

Die Vorsitzende berichtet bedauernd, dass die Zentrale Frauenbeauftragte, Frau Dr. Blumtritt, aus der TU ausscheidet. Frau Blumtritt erklärt, dass sie bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration, Frauen in der Abteilung Gleichstellung die Arbeit aufnehmen wird, wo sie für die Schnittstelle Wissenschaft, Forschung und Kultur zuständig sein wird. Sie verabschiedet sich von den Anwesenden. Der Präsident würdigt das Wirken von Frau Blumtritt an der TU - erstmals sei aus dem Bereich der Frauenbeauftragten ein europäisches Qualifizierungsprogramm, die Internationale Postdoc Initiative (IPODI), eingeworben wurde. Er bedankt sich herzlich für die geleistete Arbeit. Diesem Dank schließen sich die Vorsitzende, die Kanzlerin und die Kuratoren an.

Die Kanzlerin kündigt an, dem Kuratorium die Kernschwerpunkte aus der Genderarbeit an der Technische Universität Berlin in einer weiteren Sitzung vorzustellen.

Frau Kuchler bittet den Präsidenten für eine der kommenden Sitzungen um einen Bericht über das Angebot von Masterstudienplätzen für Studierende mit abgeschlossenem Bachelorstudium.

Vorsitzende:

Protokoll:

Prof. Dr. Rita Süßmuth

I. Renko